

Herr Udich hat ja schon einiges darüber gesagt, warum die Bürgerinitiative sich dafür einsetzt, dass die Bürger bei solch einer wichtigen Entscheidung, wie die Einführung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge, mit ins Boot geholt werden müssen.

Ich möchte nunmehr auf die Aussagen der CDU und SPD eingehen. Beide Parteien vertreten bis heute sehr hartnäckig die Auffassung, das Abrechnungssystem WKB sei sozial gerecht. Und mit dieser Einstellung lehnte der Gemeinderat bis heute die von der BI geforderte Bürgerbefragung ab.

Selbstverständlich sind Straßenausbaubeiträge gesetzlich geregelt und müssen sich die Gemeinden an die gesetzlichen Vorgaben halten.

Für uns ist es aber nicht nachvollziehbar, wie die Gemeinderats-Fraktionen an der Aussage festhalten können, dass Straßenausbaubeiträge in der Form der wiederkehrenden Beiträge in Erpel sozial gerecht oder die gerechtere Lösung seien - so die CDU-Fraktion.

Ich habe mir Gedanken darüber gemacht, was der WKB eigentlich tatsächlich für die Bürger bedeutet. Und was er mit sozialer Gerechtigkeit, vor allem in der Konstellation hier in Erpel, zu tun hat.

Bei meinen Gesprächen habe ich Bürger getroffen, die mit Existenzängsten kämpfen. Bürger, die ernsthaft überlegen ihr Haus zu verkaufen, weil ihr eng gestrickter Finanzplan keine zusätzliche unkalkulierbare finanzielle Belastung mehr zulässt. Bürger, die sich bewusst an einer Kreisstraße niedergelassen haben mit der Gewissheit, niemals mit anfallenden Straßenausbaubeiträgen belastet zu werden. Ich habe mit Bürgern gesprochen, deren Straße vor einiger Zeit ausgebaut und die mit dem Einmalbeitrag belastet wurden. Die bisherige Sicherheit, dass sie für diese Straße erst wieder in 40-50 Jahren oder noch später wieder bezahlen müssen, ist dahin. Stattdessen kommen nunmehr unkalkulierbare Kosten auf sie zu, mit denen sie bei ihrer Finanzplanung nicht gerechnet haben.

Ich habe mir die Zeit genommen und nach sozialer Gerechtigkeit beim WKB gesucht. Folgende Fragen habe ich mir dann gestellt:

Ist es sozial gerecht? - wenn Anlieger einer Kreisstraße erstmalig zu Straßenausbaubeiträgen mit dem WKB herangezogen werden - während Anlieger

einer sogenannten Privatstraße oder noch nicht erstmalig hergestellter Straßen vom WKB überhaupt nicht belastet werden?

Ist es sozial gerecht? - wenn die Grundstücksgrößen der Anlieger enger Gassen, die zudem noch im Hochwassergebiet liegen - gleich gewichtet werden und die Anlieger teilweise mehr zahlen müssen als Anlieger einer breiten Straße im Neubaugebiet.

Ist es sozial gerecht? - das ein Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksbreite von knapp 6 Metern, auf dem schon auf Grund der geringen Grundstücksbreite niemals ein Haus gebaut werden kann, bei der Berechnung des Beitrags mit einem Zuschlag für zwei Vollgeschosse belastet wird?

Ist es sozial gerecht? - wenn ein Grundstückseigentümer, der einen großen Garten mit Gemüse und Kartoffeln bewirtschaftet - mit einem Zuschlag für 2 Vollgeschosse herangezogen wird, während ein Grundstückseigentümer der auf seinem kleinen Grundstück ein Mehrfamilienhaus stehen hat, und somit über Mieteinnahmen verfügt, mit einem geringeren Beitrag belastet wird?

Ist es sozial gerecht? - wenn ich nach meiner fiktiven Grundstücksgröße und nicht nach meinem realen Einkommen belastet werde?

Ich persönlich beantworte diese Fragen alle mit einem klaren: N E I N - das kann niemals sozial gerecht sein.

Und wenn Sie jetzt sagen, ja das sind aber die gesetzlichen Vorgaben, dann dürfen Sie das WKB System aber nicht als sozial gerecht oder gerechter als das Einmalbeitragssystem bezeichnen.

Die Befürworter des WKB und die Verwaltung bringen unter anderem als Argument für den WKB den Solidaritätsgedanken ins Spiel, nämlich dass grundsätzlich jeder das im jeweiligen Abrechnungsgebiet vorhandene Straßennetz nutzt und nicht nur die Straße vor seiner Haustür.

Dann müssten aber auch alle Nutzer der Straßen in Erpel für WKB zahlen.

Benutzen dann nicht auch die Menschen die Straßen von Erpel, die im sogenannten Außenbereich, an den Privatstraßen und den nicht erstmalig hergestellten Straßen wohnen? Die Grundstückseigentümer dieser Straßen sind jedoch aufgrund der gesetzlichen Vorgaben vom Beitrag befreit.

Und hat sich der Gemeinderat mit der Tatsache mal befasst, dass im Abrechnungsjahr 2017 und wohl auch 2018, von der gesamten beitragspflichtigen Fläche, aufgrund der Verschonungsregelung nur ca. 2/3 herangezogen werden?

Damit wir uns nicht falsch verstehen:

Selbstverständlich sollen die verschonten Straßen, weil sie vor kurzem den Ausbau der „eigenen Straße“ bezahlt haben, verschont bleiben, sogar länger als 15 Jahre und selbstverständlich sollen Privatstraßen wie das Handwerkerzentrum nicht bezahlen, weil sie die Privatstraße selbst bezahlt haben, aber dann kann doch nicht ernsthaft von sozialer Gerechtigkeit oder Solidarität gesprochen werden. Das wäre doch nur dann der Fall wenn tatsächlich alle Nutzer der Straßen für die Straßenausbaukosten zahlen würden.

Für mich stehen noch unzählige andere Fragen im Raum, die in meinen Augen erst einmal tatsächlich nach dem Prinzip „sozialer Gerechtigkeit“ hätten ausreichend bearbeitet werden müssen - bevor der WKB eingeführt wurde.

Unter anderem auch die Frage - wie viele Bürger in der Vergangenheit durch den Einmalbeitrag hier in Erpel tatsächlich ihr Haus verloren haben. Dies wird ja auch immer wieder als Argument für den WKB ins Spiel gebracht -unter dem Stichwort: das alte Mütterchen mit der kleinen Rente, dass beim hohen Einmalbeitrag, ihr Haus verliert.

Im Übrigen darf ich noch darauf hinweisen, dass es zwar richtig ist, dass der WKB auch in einigen wenigen Gemeinden in der näheren Umgebung eingeführt wurde. Aber mit Sicherheit kann nicht von „erfolgreichem Praktizieren“ bzw. „hoher Zustimmung der Bürger“ gesprochen werden.

Ich frage mich - wie können die Bürger mit der Einführung des WKB zufrieden sein, wenn es in diesen Gemeinden zum Teil noch keine Satzung geschweige denn noch nie einen Beitragsbescheid gegeben hat. Die Bürger können somit gar nicht wissen, was finanziell auf sie zukommen wird, und daher überhaupt keine Aussagen zur Zufriedenheit abgeben. Erpel ist im Umfeld die erste Gemeinde die ihre Bürger mit Beitragsbescheiden nach dem WKB geschockt hat.